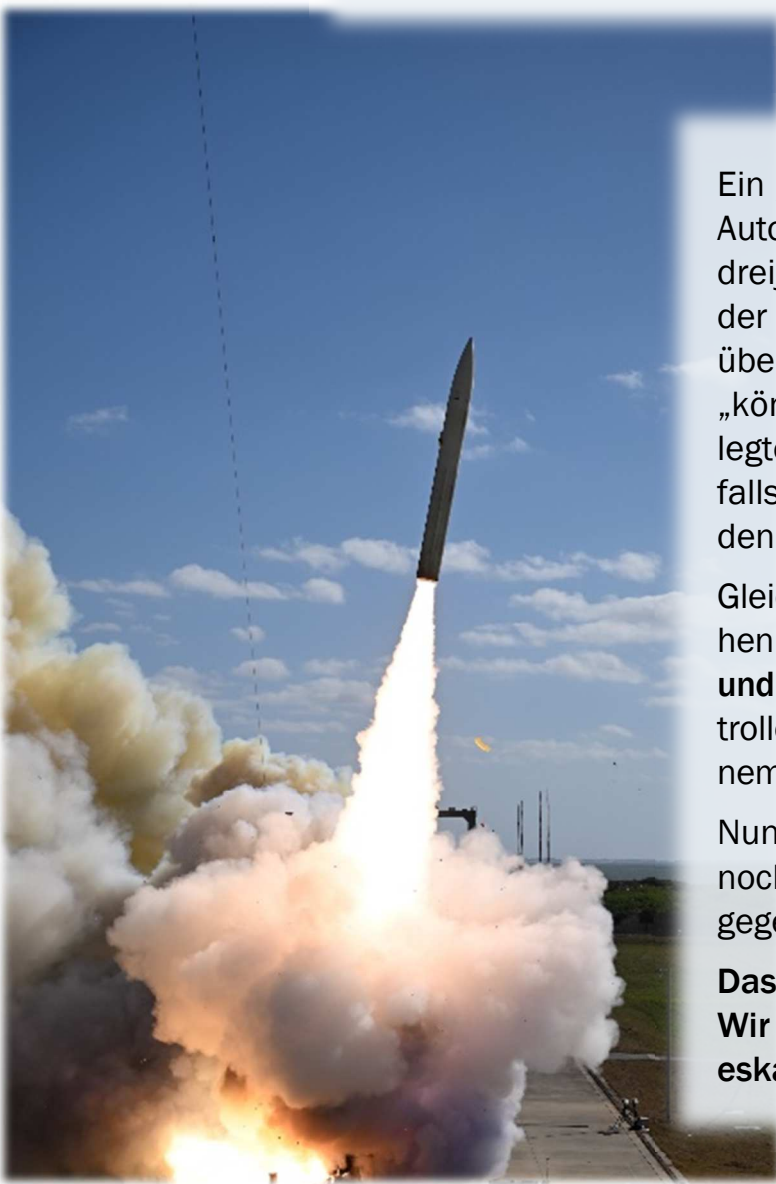


„Kriegstüchtig“? – Nicht mit uns!

Keine Eskalation durch Mittelstreckenraketen und Taurus!

Aufrüstung stoppen! Friedensverhandlungen jetzt!

Wir leben in immer gefährlicheren Zeiten. Das von Albert Einstein mitgegründete „*Bulletin der Atomwissenschaftler*“ hat seine „**Weltuntergangsuhr**“ weiter vorgestellt, auf nur noch **89 Sekunden vor 12!**



Ein „**nukleares Risiko**“ sehen die Autoren vor allem im nun schon dreijährigen **Krieg in der Ukraine**, der „wie ein Damoklesschwert über der Welt“ schwebt. Er „könnte aufgrund einer unüberlegten Entscheidung, eines Unfalls oder einer Fehlkalkulation jeden Moment nuklear werden“.

Gleichzeitig, so die Experten, drohen auch die **Konflikte im Nahen und Mittleren Osten** „außer Kontrolle zu geraten und sich zu einem größeren Krieg auszuweiten.“

Nun werden in Deutschland auch noch **US-Mittelstreckenwaffen** gegen Russland aufgestellt.

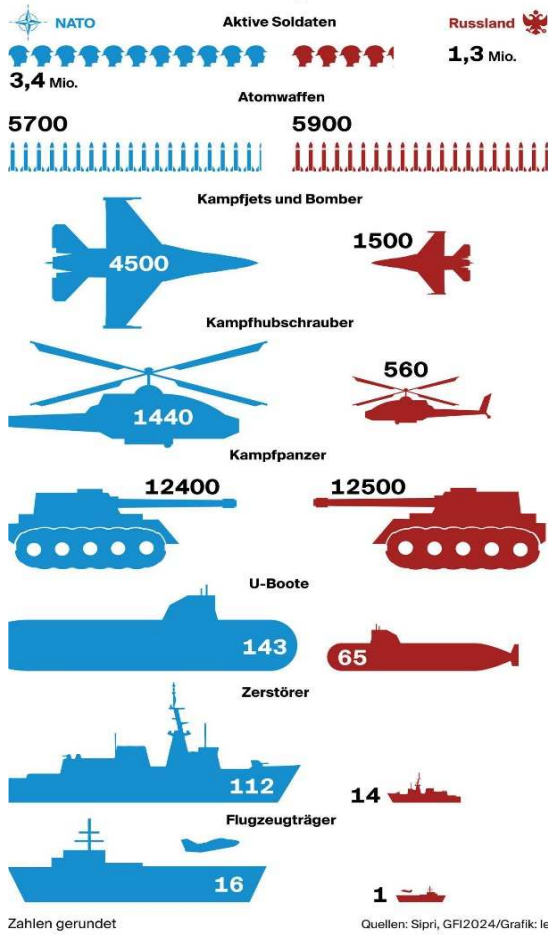
**Das muss verhindert werden!
Wir fordern verhandeln statt eskalieren!**

SA. 22. FEB. 25: DEMONSTRATION IN HEIDELBERG
ab 14.00 Uhr | Bismarckplatz, Heidelberg

Angriffswaffen schaffen keine Sicherheit

CDU-Kanzlerkandidat Merz will, ungeachtet aller Warnungen, im Falle seines Wahlsiegs weitreichende Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefern. Mit der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland kommt eine weitere Eskalationsgefahr hinzu. Sie soll eine „Fähigkeitslücke“ schließen. Doch verfügt die NATO

NATO-Russland Kräftevergleich



bereits über entsprechende luft- und seegestützte Systeme in Europa und ist ohnehin Russland militärisch weit überlegen.

Die neuen Raketen sind reine Angriffswaffen, die gut geschützte Ziele tief im russischen Raum zerstören können und dadurch Enthauptungsschläge gegen russische Führungszentralen und Atomanlagen ermöglichen – und dies mit geringen Vorwarnzeiten. Die Hyperschallrakete „Dark Eagle“ kann Moskau in wenigen Minuten erreichen.

Dies steigert das Risiko von Fehlreaktionen und setzt Deutschland der Gefahr aus, Ziel von Präventivangriffen zu werden. Die neuen Waffen werden das Wettrüsten massiv befeuern und die Atomkriegsgefahr erhöhen.

Der Beschluss zur Stationierung erfolgte ohne öffentliche und parlamentarische Diskussion. Im Unterschied zum NATO-Doppelbeschluss von 1979 werden keine Abrüstungsverhandlungen angestrebt.

Abrüstung statt Sozialabbau

Der russische Einmarsch in der Ukraine diente als Auslöser für Aufrüstung, neue Machtpolitik und Militarisierung des Denkens. Die Ampelkoalition hat die deutschen Militärausgaben durch die Erhöhung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach NATO-Kriterien von 58 Mrd. auf 90 Mrd. Euro gesteigert. Weitere drastische Erhöhungen auf 3,5 Prozent (Robert Habeck) und 5 Prozent (AFD) sind schon in der Diskussion. Gleichzeitig sollen die Wirtschaft und andere Bereiche, bis hin zu Krankenhäusern, „kriegstüchtig“ gemacht werden.

Dies missachtet das Friedensgebot im Grundgesetz, mit dem der besonderen Verantwortung Deutschlands aus seiner Geschichte Rechnung getragen wurde. Die deutschen Verbrechen an Juden, Sinti und Roma unter dem Faschismus, wie auch an den Völkern der Sowjetunion verpflichten Deutschland zudem, sich für Völkerrecht und Menschenrechte sowie gegen Verfolgung, Vertreibung und Kriegsverbrechen einzusetzen – überall, auch im Nahen Osten und auch gegenüber Israel.

Wir verlangen von einer zukünftigen Bundesregierung:

- Keine Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland.
- Abzug aller Atomwaffen und Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrag.
- Keine weiteren Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, insbesondere keine an die Ukraine und Israel – stattdessen entschiedenes Engagement für Verhandlungen zur Beendigung der Kriege.
- Stopp der Entwicklung eigener, europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper.
- Dialog statt Aufrüstung: Reduzierung der Militärausgaben zugunsten des Ausbaus der sozialen Sicherung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz.
- Eintreten für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung, sowie für den Aufbau einer neuen Friedensordnung und für friedliche Koexistenz.
- Keine Wehr- und allgemeine Dienstpflicht! – Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer.
- Die Bekämpfung von Fluchtursachen statt der bei uns Zuflucht suchenden Menschen.

Wir bitten alle, bei der Wahlentscheidung diese Forderungen zu berücksichtigen!

Friedensbündnis Heidelberg, unterstützt u.a. von: Friedensbündnis Mannheim, Pax Christi Heidelberg, DFG/VK Heidelberg, Nicaragua-Forum Heidelberg